

Stabilitätspakt für Rußland

Schneider, Eberhard

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schneider, E. (1999). *Stabilitätspakt für Rußland*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 11/1999). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-47869>

Nutzungsbedingungen:

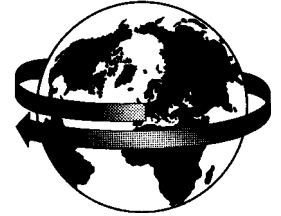
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Aktuelle Analysen

Nr. 11/1999

6. April 1999

Stabilitätspakt für Rußland

Zusammenfassung

Mitte März 1999 stimmte der Föderationsrat einem politischen Stabilitätspakt zu, der vom Präsidenten, den beiden Parlamentskammern und der Regierung ausgehandelt worden war. Es fehlt noch die Zustimmung der Staatsduma, die zu erwarten ist. Alle vier Paktpartner verpflichten sich in diesem neun Punkte umfassenden Abkommen, nicht ohne vorherige Konsultationen die Frage der Verfassungsreform aufzuwerfen. Dieser Stabilitätspakt stärkt das Prestige von Premier Jewgenij Primakow, von dem die Initiative dazu ausging, und könnte bei dessen Einhaltung einen wichtigen Beitrag zur politischen Stabilisierung Rußlands vor den Wahlen leisten. Repräsentative Umfragen von Ende Januar 1999 prognostizieren als Ergebnis der Staatsdumawahl im Dezember dieses Jahres ein Parlament, das nicht weniger kommunistisch sein wird als das alte, jedoch mit einem größeren Gegengewicht an Demokraten. Es wird vielleicht weniger nationalistisch sein als sein Vorgänger, aber über einen beachtlichen Block der rechten Mitte verfügen. Bei der Präsidentenwahl im Juni 2000 würde Primakow jede Stichwahl deutlich gewinnen, ganz gleich gegen welchen Kandidaten.

Am 16. März 1999 wurde in einer feierlichen Zeremonie eine "Gemeinsame politische Erklärung über die Stärkung des bürgerlichen Friedens und die Stabilität im Lande" von Oleg Sysujew, Erster Stellvertretender Leiter der Präsidialadministration, Oleg Korolew, Stellvertretender Vorsitzender des Föderationsrats, Oleg Morosow, Vorsitzender der Staatsdumagruppe "Regionen Rußlands", und Vertretern der vier Fraktionen in der Staatsduma (wohl der "Kommunistischen Partei der Russischen Föderation" [KPRF], der "Liberal-demokratischen Partei Rußlands" [LDPR], von "Jabloko" und von "Unser Haus Rußland" [UHR]) unterschrieben.¹ Das Dokument, auf das sich die beiden Parlamentskammern, die Regierung und der Präsident geeinigt haben, wurde am 17. März 1999 vom Föderationsrat gebilligt. Nun muß ihm noch die Staatsduma zustimmen. Dann wird es der Regierung zugeleitet. Zum Schluß sollen es Präsident Boris Jelzin, Premier Jewgenij Primakow und die Vorsitzenden der beiden Parlamentskammern, Föderationsratsvorsitzender Jegor Strojew und Staatsdumavorsitzender Gennadij Selesnjow, mit ihrer Unterschrift bekräftigen.² Der Abschluß eines solchen Stabilitätspaktes wäre ein nicht geringer Erfolg Primakows, der ihn initiiert hat. Seine

¹ Russisches Fernsehen I 16.3.1999, zitiert nach: Deutsche Welle Monitor Osteuropa, 17.3.1999, S. 1. RFE/RL Newslines, 17.3.1999.

² Stimme Rußlands Internationaler Dienst 17.3.1999, zitiert nach: Deutsche Welle Monitor Osteuropa, 18.3.1999.

Einhaltung könnte Primakows Prestige stärken und in den finanziell unsicheren Zeiten einen wertvollen Beitrag zur politischen Stabilisierung Rußlands leisten.

Inhalt des Stabilitätspakts

Am 5. Februar 1999 hatte der Sicherheitsrat unter Vorsitz von Premier Primakow – er vertrat Präsident Jelzin, der zur Beisetzung des verstorbenen jordanischen Königs Hussein nach Amman gereist war – den Text für einen Stabilitätspakt zwischen Präsident, Föderationsrat, Staatsduma und Regierung beschlossen.³ Dieser Pakt über politische Stabilität – eine Voraussetzung von höchster Bedeutung für die Überwindung der sozio-ökonomischen Krise im Lande, wie es in der Präambel heißt – umfaßt folgende neun Punkte⁴:

1. Der Präsident, der Föderationsrat, die Staatsduma und die Regierung verpflichten sich in Übereinstimmung darüber, daß der Prozeß der Verbesserung der gegenwärtigen Verfassung⁵ auf der Grundlage eines Konsenses erzielt werden sollte, darauf, die Frage der Änderung der Verfassung der Russischen Föderation nicht ohne vorherige Konsultationen aufzuwerfen. Der Präsident, der Föderationsrat, die Staatsduma und die Regierung bilden deshalb eine Arbeitsgruppe auf paritätischer Basis, um Konsultationen zu führen und vereinbarte Vorschläge über Änderungen der Verfassung der russischen Föderation zu entwerfen.
2. Der Präsident soll sein verfassungsmäßiges Recht auf Entlassung der Regierung und die Staatsduma soll ihr Recht zur Einbringung einer Vertrauensabstimmung über die Regierung nur nach vorherigen Konsultationen miteinander und dem Föderationsrat ausüben. Der Regierungschef wird die Frage des Vertrauens in die Regierung bei der Staatsduma nicht aufwerfen.
3. Im Bestreben, die Staatsmacht effektiver zu machen, werden der Präsident, der Föderationsrat, die Staatsduma und die Regierung im Rahmen der unter Punkt eins dieser Erklärung gebildeten Arbeitsgruppe Konsultationen bezüglich der Schaffung von Richtlinien über die Bildung der Regierung und für die gegenseitige Verantwortlichkeit der Regierung und der Föderalen Versammlung führen.
4. Die Regierung wird vorrangig Gesetzesvorlagen mit dem Ziel der Überwindung der sozio-ökonomischen Krise im Lande ausarbeiten und der Staatsduma vorlegen. Die Staatsduma wird diese Gesetzesvorlagen mit sofortiger Priorität beraten. Diese Bestimmung soll in ein föderales Gesetz "Über das Verfahren für die Verabschiedung föderaler Verfassungsbestimmungen und föderaler Gesetze" gefaßt werden.
5. Vereinbarte Zusätze und Änderungen der Wahlgesetzgebung müssen frühzeitig vorgenommen werden mit dem Ziel, das Wahlsystem demokratischer zu machen und besonders die Überwachung der Verwendung von Haushaltsmitteln und Mitteln außerhalb des Haushalts zu verbessern, um die illegale Finanzierung von Wahlkämpfen auf allen Ebenen zu unterbinden.
6. Als Reaktion auf das Entstehen von Extremismus legt der Präsident innerhalb eines Monats nach Unterzeichnung dieser Erklärung der Staatsduma Gesetzesvorlagen zu Änderungen und Zusätze zum Strafrecht vor, die darauf abzielen, alle Erscheinungsformen des Extremismus zu bekämpfen. Die Staatsduma wird diese Gesetzesvorlagen mit sofortiger Priorität prüfen und auch den Gesetzentwürfen zur Stellung und Rolle der politischen Parteien in Rußland, den rechtlichen Garantien für die Aktivitäten der Opposition und dem Verbot von faschistischer Propaganda Priorität einräumen.
7. Der Präsident, die beiden Parlamentskammern und die Regierung werden jegliche Aktivitäten, welche der Einheit des verfassungsrechtlichen, rechtlichen und sozio-ökonomischen Raumes

³ Segodnja, 9.2.1999.

⁴ ITAR-TASS, 16.3.1999, zitiert nach: Deutsche Welle Monitor Osteuropa, 19.3.1999.

⁵ Zur Verfassungsänderung, vgl.: Eberhard Schneider, Verfassungsreform in Rußland?, in: Aktuelle Analysen des BIOst, Nr. 48/1998 vom 2.12.1998.

widersprechen, als unzulässig erachten und die Organe der Staatsmacht auffordern, sich derartiger Aktivitäten zu enthalten.

8. Der Präsident, der Föderationsrat, die Staatsduma und die Regierung appellieren an alle öffentlichen und politischen Kräfte in Rußland, keine verfassungswidrigen Aktivitäten zuzulassen und eine umfassende Kooperation zur Sicherung des Bürgerfriedens und der politischen Stabilität im Lande zu entwickeln, und verlassen sich auf die verantwortungsvolle und objektive Berichterstattung über das Geschehen durch die Massenmedien, besonders die Staatsmedien.
9. Die Bestimmungen treten mit der Unterzeichnung in Kraft und bleiben bis zur Amtsübernahme der nächsten Staatsduma gültig. Sie können mit der Zustimmung der an der Erklärung beteiligten Parteien um einen neuen Zeitraum verlängert werden.

Der Abschluß eines solchen "Waffenstillstandsabkommens" wurde erst möglich, nachdem die Staatsduma dem Vorschlag der Präsidialadministration zugestimmt hatte, daß eine Arbeitsgruppe die Frage der Verfassungsänderung nur prüfen soll, ohne selbst Änderungsvorschläge auszuarbeiten.⁶

Der vorliegende Stabilitätspakt erfordert keine Verfassungsänderung und geht nicht so weit wie der von Premier Jewgenij Primakow vorgelegte erste Entwurf vom Januar 1999. Dieser verlangte vom Präsidenten den Verzicht, die Staatsduma aufzulösen und das Kabinett zu entlassen. Die Staatsduma hätte als Gegenleistung bereit sein müssen, der Regierung nicht das Mißtrauen auszusprechen sowie das laufende Impeachmentverfahren gegen Jelzin abubrechen. Die Regierung würde ihrerseits darauf verzichten, den Abgeordneten die Vertrauensfrage zu stellen. Zugleich überwies Primakow Ende Januar an die Staatsduma den Entwurf eines Gesetzes, das dem Präsidenten nach seinem Ausscheiden aus dem Amt die Immunität sichert sowie ihm und seiner Familie alle bisherigen Privilegien garantiert.⁷

Diesen ersten "Nichtangriffspakt" hatte Primakow dem Staatsdumavorsitzenden Gennadij Selesnjow am 22. Januar 1999 in Form eines Briefes vorgestellt und nicht vorher mit Jelzin im einzelnen, sondern nur generell abgesprochen. Primakow berief sich auf den ihm im Dezember 1998 von Jelzin erteilten Auftrag, dafür zu sorgen, daß die Wahlen der Staatsduma im Dezember 1999 und des Präsidenten im Juni 2000 unter politisch stabilen Verhältnissen stattfinden können. Jelzin reagierte verärgert und lehnte es ab, auf verfassungsmäßige Rechte zu verzichten. Der Erste stellvertretende Leiter der Administration des Präsidenten, Oleg Sysujew, räumte am 7. Februar ein, daß es zu Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Präsidenten und dem Premier kommt, "sonst wäre es ja keine Arbeit". Es gebe aber keinen Antagonismus und keine Pläne zur Entlassung der Regierung, sondern normale Arbeitskontakte.⁸

Wahlprognosen

Primakow legte den ersten Entwurf eines Stabilitätspakts während Jelzins Krankheit im Januar vor. Dieser Schritt könnte auch so interpretiert werden, daß er – entgegen allen bisherigen Dementis – vielleicht doch im Jahre 2000 für das Amt des Präsidenten kandidieren möchte. Er weiß, wie machtempfindlich Jelzin ist, und möchte deshalb nicht vorzeitig seine Kandidatur bekanntgeben. Ansonsten liefe er wohl Gefahr, von Jelzin als Regierungschef entlassen zu werden. Ein Rücktritt Jelzins und in Folge davon vorzeitige Präsidentschaftswahlen wären nicht wünschenswert, weil dann Parlaments- und Präsidentschaftswahlen mehr oder weniger zeitlich zusammenfallen würden, was sich stabilitätsmindernd auswirken dürfte. Primakow wollte nicht Außenminister werden und ist es dann doch geworden. In das Amt des Regierungschefs mußte er gedrängt werden. Es kann sein, daß er sich auch zur Kandidatur für das Präsidentenamt überreden läßt, wenn er sich an sein Portepée

⁶ RFE/RL Newslines, 16.3.1999, 17.3.1999.

⁷ Jamestown Monitor, 27.1.1999. Neue Zürcher Zeitung, 28.1.1999.

⁸ Nachrichtenagentur Interfax vom 7.2.1999, zitiert nach: Deutsche Welle Monitor Osteuropa, 9.2.1999, S. 9 f.

gefaßt sieht: Nur er sei als Konsensfigur in der Lage, die meisten Stimmen außerhalb des kommunistischen Lagers zu gewinnen und Sjuganow zu schlagen.

Staatsdumawahl

Am 19. Dezember 1999 findet die Staatsdumawahl statt, die in gewisser Weise eine "Vorübung" zur Präsidentenwahl ist. Eine Umfrage des angesehenen "Russischen unabhängigen Instituts für soziale und nationale Probleme", die zwischen dem 20. und 25. Januar 1999 unter 1.800 Personen aus elf sozialen Gruppen in ganz Rußland durchgeführt wurde⁹, ergab die in Tabelle 1 zusammengefaßten Ergebnisse:

Tabelle 1: Prognose für die Staatsdumawahl

	Wahlschätzung (in %)
KPRF (Sjuganow)	30,2
"Jabloko" (Jawlinskij)	18,4
Bewegung "Vaterland" (Lushkow)	14,7
"Volksrepublikanische Partei" (Lebed)	9,6
Block "Gerechte Sache" (Kirijenko, Tschubajs u.a.)	4,0
LDPR (Shirinowskij)	3,3
"Partei der örtlichen Selbstverwaltung" (S. Fjodorow)	2,8
"Agrarpartei Rußlands" (Lapschin)	2,1
Bewegung "Junges Rußland" (Nemzow)	2,0
"Unser Haus Rußland" (Tschernomyrdin)	2,0

Das Ergebnis der Umfrage zur Staatsdumawahl stimmt bei der Bewegung "Vaterland" und bei der "Volksrepublikanischen Partei" (VRP) mit den Umfrageergebnissen für ihre Vorsitzenden Lushkow bzw. Lebed beim ersten Urnengang zur Präsidentenwahl (vgl. Tabelle 3) überein. Dagegen würden die KPRF und "Jabloko" bei der Staatsdumawahl jeweils um ein Drittel besser abschneiden als ihre Vorsitzenden Sjuganow bzw. Jawlinskij.

Bei der Staatsdumawahl 1993 gewann Shirinowskij viele Proteststimmen, die bei der Staatsdumawahl 1995 der inzwischen wieder voll etablierten KPRF zuflossen. Das nationalistische Wählerpotential Shirinowskijs dürfte 1999 zum größten Teil durch Lebeds VRP abgedeckt werden. Die Umfrageergebnisse zur Staatsduma- und zur Präsidentenwahl zeigen, daß Shirinowskij und seine LDPR politisch keine großen Chancen mehr haben. Der Trend zu einer Halbierung des Wahlergebnisses von Wahl zu Wahl (vgl. Tabelle 2) – von 22,8% bei der Staatsdumawahl 1993 bis zu 5,7% bei der Präsidentenwahl 1996 – dürfte sich nach der Umfrage 1999 mit 3,3% fortsetzen, so daß die LDPR wegen der Fünf-Prozent-Hürde nicht einmal mehr in die Staatsduma käme.

Tschernomyrdins UHR spielt politisch keine große Rolle mehr und wird wohl ebenfalls nicht länger in der Staatsduma vertreten sein. Nur noch 2,0% wollen 1999 diese ehemalige "Partei der Macht" wählen. Lushkows erst 1998 gegründeten neuen Bewegung "Vaterland" ist es dagegen inzwischen gelungen, die Funktion von UHR zu übernehmen und zur drittstärksten politischen Kraft zu werden. Daß dies in so kurzer Zeit möglich war, ist ein weiteres Indiz dafür, daß die Bewegung "Vaterland" die Rolle einer neuen "Partei der Macht" spielt, der diejenigen im riesigen Staatsapparat angehören wollen, die ihre Position absichern und sich keine Karrierechancen verbauen möchten.

⁹ Nezavisimaja gazeta, 25.2.1999.

Tabelle 2: Wahlergebnisse der bisherigen Staatsduma- und Präsidentenwahlen (in %)

	LDPR/ Shirinowskij	KPRF/ Sjuganow	Jabloko/ Jawlinskij	UHR/ Tschernomyrdin
Präsidentenwahl 1991	7,8	-	-	-
Staatsdumawahl 1993	22,8	12,4	7,9	-
Fraktionsstärke Staatsduma 1993	14,2	10,1	6,1	-
Staatsdumawahl 1995	11,8	22,3	6,9	10,1
Fraktionsstärke Staatsduma 1995	11,3	33,1	10,2	12,2
Präsidentenwahl 1996: 1. Wahlgang	5,7	32,0	7,3	-
Präsidentenwahl 1996: 2. Wahlgang	-	40,3	-	-

Im Aufwärtstrend bewegen sich weiterhin die KPRF und erstmals die jelzinkritischen Demokraten von "Jabloko". Während die KPRF ihr Wahlergebnis von 1995 um ein Drittel verbessern würde, könnte es "Jabloko" fast verdreifachen. Neu in die Staatsduma würden mit beachtlichen Resultaten aus dem Stand gewählt: Lushkows "Vaterland" und Lebeds VRP.

Die anderen im vergangenen Jahr entstandenen neuen politischen Bewegungen wie der Zusammenschluß von Demokraten unter Kirijenko und Tschubajns mit dem Namen "Gerechte Sache" ("Pravoe delo") und die Bewegung "Junges Rußland" von Nemzow dürften es nicht schaffen, die Fünf-Prozent-Hürde zu überwinden, auch wenn erstere mit 4,0% relativ nahe an die Fünf-Prozent-Marke heranrücken könnte.

Aus den Umfrageergebnissen ist zu schließen, daß die neue Staatsduma nicht weniger kommunistisch sein wird als die alte, jedoch mit einem größeren Gegengewicht an Demokraten. Sie wird sich vielleicht nicht so plump nationalistisch geben wie manchmal ihre Vorgängerin, gleichwohl mit einem beachtlichen Block rechts von der Mitte die nationalistischen Positionen weiterhin vertreten, allerdings differenzierter.

Präsidentschaftswahl

Bei einer Prognose der Präsidentschaftswahlen am 9. Juli 2000, der Tag des ersten Wahlgangs, muß man sich auf die Stichwahl konzentrieren, denn im ersten Wahlgang wird voraussichtlich kein Kandidat die absolute Mehrheit erreichen. Im zweiten Wahlgang wird mit einfacher Mehrheit zwischen den beiden am besten platzierten Kandidaten entschieden. Das Ergebnis eines Kandidaten hängt jeweils davon ab, gegen wen er antritt. Die Resultate einer im Januar 1999 vom bekannten russischen Meinungsforschungsinstitut "Allgemeine Meinung"¹⁰ durchgeführten Umfrage sind in Tabelle 3 zusammengefaßt.

Nach dieser Tabelle würde Primakow jede Stichwahl deutlich gewinnen, ganz gleich gegen welchen Kandidaten. Der Moskauer Oberbürgermeister Jurij Lushkow könnte ebenfalls jede Stichwahl für sich entscheiden mit Ausnahme derjenigen gegen Primakow. KPRF-Chef Gennadij Sjuganow, der zwar mit 20% im ersten Wahlgang das beste Ergebnis erreicht, hat nur gegen den jelzinkritischen Reformdemokraten Grigorij Jawlinskij und den Gouverneur von Krasnojarsk, Generalleutnant der Reserve Aleksandr Lebed, Chancen. Jawlinskij verliert jede Stichwahl mit Ausnahme der Wahl gegen Lebed. Lebed würde in jeder Stichwahl eine Niederlage erleiden.

¹⁰ The Economist, 6.2.1999.

Tabelle 3: Prognose für die Präsidentschaftswahl (in %)

	Erster Wahlgang	gegen Sjuganow	gegen Primakow	gegen Lushkow	gegen Jawlinskij	gegen Lebed
Sjuganow	20	-	26-43	28-37	31-28	32-25
Primakow	15	43-26	-	40-26	45-21	50-19
Lushkow	15	37-28	26-40	-	35-28	39-20
Jawlinskij	12	28-31	21-45	28-35	-	29-25
Lebed	9	25-32	19-50	20-39	25-29	-

Welche Politik ist von den wichtigsten Präsidentschaftskandidaten zu erwarten? Primakow ist ein Pragmatiker, aber nicht völlig ideologiefrei. Er dürfte in der Innenpolitik die administrativen Kräfte stärken und versuchen, die Zentralmacht zu festigen. Er wird weniger auf Konfrontationskurs mit der Staatsduma gehen, so daß die Spaltung des russischen politischen Systems durch den Antagonismus Staatsduma-Präsident mit der Wahl von Primakow zum Präsidenten aufgehoben wäre. Unter Primakow dürfte die Reformbereitschaft nachlassen, und die Staatstransformation würde langsamer verlaufen. Primakow würde versuchen, die Medien zu zügeln, die Oligarchen könnten nicht mehr ihre bisherige politische Rolle spielen. Kurzum: In Rußland würde sich ein spezifisches System entwickeln. Die Wahl Lebeds zum Präsidenten würde allerdings einen neuen Antagonismus zum Parlament schaffen, was weniger wahrscheinlich ist, wenn Lushkow der nächste russische Präsident würde.

In der Wirtschaft dürfte Primakow den staatlichen Sektor stärken. Vielleicht wird er die Privatisierung in den zentralen Wirtschaftsbereichen überprüfen. Er wird es auch nicht vermeiden können, die Preise zu regulieren. Weitere Elemente seiner Wirtschaftspolitik könnten die Entmachtung der Zentralbank, die Hinnahme einer höheren Inflationsrate und die Anhebung der Transferleistungen des Staates an die Bevölkerung sein. Fördern wird er den militärisch-industriellen Komplex, und er wird entschlossener gegen die Korruption vorgehen.

Primakow möchte, daß Rußland eine in die Weltpolitik integrierte Großmacht ist. In der Außenpolitik wird er die bisherige Linie fortsetzen. Bleiben positive Impulse – auch aus der Innen- und Wirtschaftspolitik – aus, könnte es zu einer gewissen Verhärtung in der russischen Außenpolitik kommen, vor allem im Verhältnis zum Westen.

Die Innenpolitik eines Präsidenten Lushkow, dem Mafiakontakte nachgesagt werden, wäre von außen schwer zu durchschauen. Ihm würde es vor allem um seinen Machterhalt gehen. Die Zustimmung der Regionen zu seiner Politik würde er durch Tauschgeschäfte zu erreichen versuchen. Am Ende würde in Rußland eine Art korporatives System entstehen. In der Wirtschaft wird Lushkow sich bemühen, das Modell der südostasiatischen Tigerstaaten nachzuahmen: Der Staat sorgt durch dirigistische Maßnahmen dafür, daß die kapitalistische Wirtschaft floriert. Die nationalistischen Äußerungen Lushkows sind nicht nur Rhetorik. Er wird versuchen, die finanzielle Abhängigkeit Rußlands vom Westen zu begrenzen. Unter seiner Präsidentschaft dürfte sich die Außenpolitik moderat verhärtet.

Eberhard Schneider

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1999 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe gestattet. Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln, Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet: <http://www.biost.de>
E-mail: administration@biost.de